

KLIMA KOMPAKT



Zwischenrunde der UN-Klimaverhandlungen im Mai 2006

Post-2012-Verhandlungen gestartet

Bericht der britischen Entwicklungshilfeorganisation Christian Aid

CO₂-Reduktion als neuntes Millenniumsentwicklungsziel

Vor seiner Nominierung warnt der Kandidat zum US-Finanzminister

Kyoto-Abstinenz gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit

Klimagerechtigkeit statt zynischer Propaganda

„Kohlendioxid: Die nennen es Verschmutzung, wir nennen es Leben“, so ein Fernsehspot einer amerikanischen Lobby-Organisation, die von Konzernen wie ExxonMobil finanziert wird (www.cei.org).

Der Klimawandel schreitet voran. Die drastischen Konsequenzen insbesondere für die Ärmsten der Welt sind bereits heute festzustellen.

Die Hauptursache: zuviel CO₂ in der Atmosphäre! Angesichts dieser Situation zeugt der Fernsehspot von menschenverachtendem Zynismus der dahinter stehenden Akteure. Er verleugnet, dass der Klimawandel die Lebensbedingungen vieler Millionen Menschen in ihrer Substanz bedroht, ohne dass diese ihn mitverursacht haben.

Die Forderung der britischen Entwicklungshilfeorganisation Christian Aid, CO₂-Reduktion als Beitrag zur Armutbekämpfung anzuerkennen, setzt daher ein wichtiges Signal für die entwicklungspolitische Klimaverantwortung des Nordens. Die Verhandlungen für die Zeit nach 2012 und die sich mehrenden Anzeichen für eine klimapolitische Trendwende in den USA stimmen hoffnungsvoll, dass Klimagerechtigkeit über die Propaganda weniger Mächtiger obsiegen wird.

Sven Anemüller

Zwischenrunde der UN-Klimaverhandlungen im Mai 2006

Post-2012-Verhandlungen gestartet

Die ersten UN-Zwischenberatungen nach dem Klimagipfel in Montreal haben ein Arbeitsprogramm für Verhandlungen weitergehender Emissionsminderungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls vereinbart.

Germanwatch bringt leicht gekürtzt die Pressemitteilung des UN-Klimasekretariats vom 26. Mai 2006.

„Die erste Verhandlungsrunde unter Leitung der Vereinten Nationen für die Zeit nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls fand heute einen erfolgreichen Abschluss in Bonn.

„Wir haben ein ambitioniertes Arbeitsprogramm verabschiedet, das auf einem soliden Prozess basiert und zu wissenschaftlich fundierten Minderungszielen für die Industrienationen innerhalb der nächsten Jahre führen wird“, sagte Michael Zammit Cutajar, der Vorsitzende der „Ad Hoc-Arbeitsgruppe zu weitergehenden Verpflichtungen für die Vertragsstaaten des Kyoto Protokolls“. „Es wurde ein übereinstimmender Konsens gefunden, dass ein nahtloser Übergang nach 2012 notwendig ist, sobald die erste Verpflichtungsperiode zu Ende geht“, fügte er hinzu.

Das Kyoto-Protokoll verlangt von den 36 Industrieländern die Treibhausgasemissionen auf ein bestimmtes Niveau zu reduzieren. Insgesamt sollen die Emissionen im Zeitraum von 2008 bis 2012 um mindestens 5 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 verringert werden.

Richard Kinley, der amtierende Exekutivsekretär des Klimasekretariats der Vereinten Nationen, sagte: „Die Entwicklungsländer, die von den Auswirkungen des Klimawandels am härtesten betroffen sind, verlangen eine zügige Vereinbarung zu noch drastischeren Emissionsminderungen. Interessanter-

weise ist das die gleiche Botschaft, die wir hier in Bonn von leitenden Industrie- und Wirtschaftsvertretern bekommen haben. Auch diese unterstrichen die Notwendigkeit einer baldigen Einigung.“

Innovative Technologien und die Rolle der Wirtschaft waren ebenso ein Hauptaugenmerk während der ersten Gesprächsrunde zur zukünftigen internationalen Zusammenarbeit beim Klimaschutz im Rahmen der Klimakonvention. Diese Gespräche (...) versammelten die 189 Vertragsstaaten der Klimakonvention.

„Die Industrienationen haben betont, wie wichtig ihnen ist, dass die Verhandlungen auf den aktuellsten wissenschaftlichen Daten beruhen und auch die neuesten Technologieentwicklungen miteinbezogen werden“ sagte Feng Gao, stellvertretender Leiter des Klimasekretariats. „Die Verhandlungen zur nächsten Phase des Kyoto-Protokolls und die Gespräche zur zukünftigen internationalen Zusammenarbeit befruchten sich gegenseitig und bilden das Fundament im Kampf gegen den fortschreitenden Klimawandel“, fügte er hinzu.

Halldor Thorgeirsson, stellvertretender Leiter des Klimasekretariats (...), wies auf die guten Fortschritte hin, die in den Nebenorganen der Konvention während der Konferenz in Bonn erreicht wurden. „Einige neue Technologieentwicklungen wie das Abspalten und Speichern von Kohlendioxid sind sehr vielversprechend“ sagte er. „Die Vertragsstaaten werden auch ihren Fokus darauf richten, die Emissionen zu reduzieren, die durch die Entwaldung in Entwicklungsländern verursacht werden.“

Die nächste Verhandlungsrunde (...) wird (...) vom 6. bis 17. November 2006 in Nairobi, Kenia, stattfinden.“

Bericht der britischen Entwicklungshilfeorganisation Christian Aid**CO₂-Reduktion als neuntes Millenniumsentwicklungsziel**

Christian Aid fordert angesichts des immer dramatischeren Klimawandels ein neuntes Millenniumsentwicklungsziel (MDG): die Reduktion von CO₂-Emissionen als Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Germanwatch übersetzt Auszüge des von Christian Aid veröffentlichten Berichts „The Climate of Poverty: Facts, Fears and Hopes“:

„Die Fakten in diesem Bericht sind hart. Noch härter ist allerdings die berechtigte Angst vor dem, was den Armen dieser Welt gegenwärtigen Trends zufolge noch bevorsteht. Doch Christian Aid möchte auch zur Hoffnung anstiften - es gibt Herausforderungen, die bewältigt werden können. Es muss kein bitteres Ende geben, wenn diejenigen sofort etwas unternehmen, die die Macht haben, um einen radikalen Richtungswechsel einzuleiten.

Eine besonders krasse Zahl in diesem Bericht unterstreicht die Notwendigkeit sofortigen Handelns. 185 Millionen Menschen - das ergeben unsere Forschungen auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Vorhersagen - könnten allein in Subsahara-Afrika bis zum Ende des Jahrhunderts Krankheiten zum Opfer fallen, die direkt dem Klimawandel zurechenbar sind. Ein Dreifaches der Bevölkerung Großbritanniens ist also zum Tode verurteilt, weil sich Krankheiten ausbreiten und verschärfen, die durch steigende Temperaturen hervorgerufen werden, auf die wiederum die Betroffenen selbst keinen Einfluss haben. [...]

Weltweit wird die durch immer unbe-rechenbarere Niederschlagsmuster in den tropischen Regionen verursachte Doppelbedrohung durch Dürren und Hungersnöte voraussichtlich für noch mehr Elend sorgen. Einen Vorgesmack auf das, was bevorsteht, bieten die katastrophalen Entwicklungen in Ostafrika, wo derzeit 11 Millionen

Menschen nach Jahren beispielloser Dürre Hunger leiden. Zudem sind knappe Ressourcen - insbesondere Wasser - ein Nährboden für (das Andauern und Verschärfen von) Konflikte(n) zwischen immer verzweifelteren Bevölkerungsgruppen.

Seuchen, Überflutungen, Hungersnöte und Krieg - Welch wahrhaft apokalyptische Zusammenstellung.

Christian Aid wendet seine Tatkraft diesen Themen zu, weil dringend etwas getan werden muss. Von nun an werden die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ärmsten dieser Welt ein Schwerpunktthema unserer Arbeit sein. Darüber hinaus fügen wir unsere Stimme denjenigen hinzu, die von Regierungen in aller Welt das sofortige Zurückschrauben lebenszerstörender CO₂-Emissionen fordern. Wir glauben, dass wir als Entwicklungsorganisation eine neue Perspektive in die Debatte einbringen. Denn wir sehen Umweltthemen durch die Brille der Armutsbekämpfung. [...]

Geht der Klimawandel ungehindert weiter, ist es schwer vorstellbar, dass die MDGs, nach denen die Zahl der weltweit Armen bis 2015 halbiert werden soll, überhaupt erreicht werden können. Solange nichts getan wird, die beschleunigte Umwelzerstörung aufzuhalten, könnten reale Fortschritte in Richtung der MDGs langfristig revidiert werden. [...]

Die andere Hauptbotschaft dieses Berichtes ist, dass es konkrete und umsetzbare Maßnahmen gibt, Menschen aus der Armut zu helfen ohne dabei dem Klima zu schaden. Christian Aid hat ein anderes Entwicklungsmodell im Angebot - eines, das ohne die Zunahme von Energieumwandlung aus fossilen Energieträgern wie z.B. Öl oder Kohle auskommt. Das Modell zeigt, wie erneuerbare Energien das Leben vieler absolut Armen und Marginalisierten auf

diesem Erdball grundlegend verbessern könnten - es verspricht handfeste Ergebnisse innerhalb von Monaten, und nicht Jahrzehnten.[...]

Der Bericht beschäftigt sich auch eingehend mit Visionen, die darstellen, wie erneuerbare Energien Subsahara-Afrika zukünftig sogar zum Nettoexporteur sauberer, nachhaltiger Energie machen könnten. Dies könnte viele der wirtschaftlichen Probleme des Kontinents beheben und zugleich eine Lösung für den offenbar unersättlichen Hunger des reichen Nordens nach schmutziger Energie sein.[...]

Die reichen Länder müssen als Hauptverursacher des Klimawandels Verantwortung übernehmen und ihre CO₂-Emissionen drastisch reduzieren. Die Staats- und Regierungschefs müssen den politischen Mut besitzen, deutliche Reduktionsziele für ihre nationalen Emissionen zu setzen und sodann einfallsreich und weitblickend sein, um Mittel und Wege zu finden, diese Ziele auch zu erreichen. [...]

Das soll nicht heißen, dass Regierungen in Entwicklungsländern den Klimawandel ignorieren dürften. Wer bereits wirtschaftliches Wachstum genießen durfte, so wie China, Indien und Brasilien, sollte ebenso seine Emissionen zurückschrauben und sich diesbezügliche Ziele setzen - idealerweise als Teil der Vereinbarungen, die im Anschluss an das Kyoto-Protokolls notwendig sind.

Des Weiteren glauben wir, dass ein neuntes MDG zu den bestehenden acht hinzugefügt werden sollte - und zwar eines, das Regierungen dazu aufruft, ihre Emissionen als wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu reduzieren.“

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter www.christianaid.org.uk/news/media/pressrel/060515p.htm

Vor seiner Nominierung warnt der Kandidat zum US-Finanzminister

Kyoto-Abstinenz gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit

Am 28. Juni hat der US-Senat der Ernennung von Henry Paulson, Vorstandsvorsitzender des Finanzdienstleisters Goldman Sachs, zum neuen US-Finanzminister zugestimmt. Bereits als Kandidat hat er sich zum Klimaschutz exponiert und eine zur gegenwärtigen US-Administration konträre Meinung formuliert.

Germanwatch übersetzt eine Meldung von thinkprogress vom 30. Mai aus dem Englischen.

„Der von Präsident Bush zum Finanzminister neu nominierte Kandidat, Henry M. Paulson Jr., Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs, befürwortet nicht nur das Kyoto-Protokoll, das die Treibhausgasemissionen begrenzen soll, sondern er argumentiert auch, das Versagen der USA, dem Kyoto-Protokoll Gesetzeskraft zu geben, untergrabe die Wettbewerbsfähigkeit von US-Unternehmen. Es folgt eine Äußerung von Nature Conservancy, bei der Paulson Vorsitzender des Vorstandes ist.

Das Kyoto-Protokoll ist ein zentraler

erster Schritt, der helfen soll, die Bedrohung durch die Klimaerwärmung zu mildern und den Naturschutz zu befördern. Bis die Vereinigten Staaten ihre eigenen Treibhausgas-Emissionsbegrenzungen erlassen, werden innovative Unternehmen aus den USA Gelegenheiten verpassen, Emissionsgutschriften an Unternehmen zu verkaufen, welche in Übersee den Anforderungen des Kyoto-Protokolls entsprechen. Wenn wir nicht unsere eigenen Emissionsbegrenzungen setzen, werden unsere Unternehmen zudem gegenüber den Wettbewerbern in Europa, Kanada, Japan und in anderen Ländern, die beim Protokoll mitmachen und saubere Technologien entwickeln, an Boden verlieren.

Goldman Sachs legte unter Paulsons Führung dar, dass die durch die Klimaerwärmung ausgehende Gefahr unmittelbar bevorsteht und dringendes Handeln seitens der Regierung erfordert, um die Emissionen zu senken.

Die Klimaänderung ist eine der bedeutendsten ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und ist mit

anderen wichtigen Themen wie wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung verbunden. Goldman Sachs ist sehr beunruhigt über die Gefährdung unserer natürlichen Umwelt, der Menschen und der Wirtschaft durch den Klimawandel und glaubt, es bedarf einer vordringlichen Aufmerksamkeit und des Handelns von Regierungen, von der Wirtschaft, der Verbraucher und der Zivilgesellschaft um die Treibhausgas-Emissionen zu drosseln.

Im Ergebnis steht der Nominierung von Paulson eine Koalition von Gruppen des rechten Randes, wie etwa das National Center for Public Policy Research, heftig entgegen, welche versucht, die Klimaänderung in Zweifel zu ziehen, indem Paulson als diametral im Gegensatz zur [Bush-] Administration beschrieben wird."

Quelle: <http://thinkprogress.org/2006/05/30/treasury-secretary-kyoto/>

Redaktion

Sven Anemüller (V.i.S.d.P.), Friedel Sehleier, Dr. Gerold Kier,
Klaus Milke, Dr. Manfred Treber

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Gefördert vom
Bundesministerium für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung